

Amtliche Bekanntmachungen

Westerstede, 13.03.2025

**Parklandschaft Ammerland**

Am Donnerstag, 27. März 2025 findet um 18 Uhr im Rathaus Edeweicht, Rathausstraße 7, 26188 Edeweicht eine öffentliche Sitzung der LAG Parklandschaft Ammerland mit folgenden wesentlichen Tagesordnungspunkten statt:

- Begrüßung
- Mitteilungen des Vorsitzenden und Vorstandes sowie des ArL
- Wahl und Aufnahme eines neuen Mitgliedes mit Vertretung in der LAG
- Sach- und Projektberatungen
- Mittelverwendung und Finanzen
- Verschiedenes

Michael Rösner, Vorsitzender der LAG Parklandschaft Ammerland

Ausschreibungen

**Gemeinde Wiefelstede Der Bürgermeister**

**Öffentliche Ausschreibungen**

Die Gemeinde Wiefelstede, Landkreis Ammerland, schreibt hiermit folgende Arbeiten gemäß VOB/A öffentlich aus: **Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen in der Grundschule Wiefelstede zum Angebot einer Ganztagschule 1. Bauabschnitt**

Auf die Veröffentlichungen im Submissionsanzeiger, Subreport, in der ibau-Planungsinformation und in den Bauwirtschaftlichen Informationen weisen wir drauf hin.

Die Angebotsunterlagen stehen ab dem 13.03.2025 bei Bi-Medien zur Verfügung: D457326509 – Rohbauarbeiten, D457336519 – Grundleitungen, D457336522 – Blitzschutzarbeiten

Nähere Informationen können Sie von unserer Homepage [www.wiefelstede.de](http://www.wiefelstede.de) entnehmen.

26215 Wiefelstede, 13.03.2025

Der Bürgermeister, Pieper

**Gemeinde Hatten Der Bürgermeister**

**Hinweis auf eine öffentliche Ausschreibung**

Die Gemeinde Hatten schreibt gem. VgV für den Neubau der Feuerwehr Kirchhatten die Brandschutzplanung über BI Medien öffentlich (Offenes Verfahren) aus. Die ausführliche Bekanntmachung kann unter <https://abruf.bi-medien.de/D457326510> und auch über [www.hatten.de](http://www.hatten.de) abgerufen werden.

Guido Heinrich  
Bürgermeister

Mitteilungen der Vereine

**Sportverein Ohrwege e. V.**

Einladung zur **Jahreshauptversammlung**  
am Montag, 31.03.2025, 19:30 Uhr,  
Dorfgemeinschaftshaus Ohrwege

**Tagesordnung:** 1. Begrüßung und Eröffnung durch den 1. Vorsitzenden,  
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, 3. Ehrungen, 4. Jahresrückblick 2024,  
5. Bericht der Gruppenleiter, 6. Kassenbericht, 7. Bericht der Kassenprüfer,  
8. Entlastung des Vorstandes, 9. Wahl eines/r Kassenprüfer/-in,  
10. Beratung und Beschlussfassung von Anträgen, 11. Verschiedenes

Anträge zur Jahreshauptversammlung können bis zu 14 Tage vor der Versammlung bei dem 1. Vorsitzenden eingereicht werden.

**Gerhard Dierks, 1. Vorsitzender**

**Anzeige Mitteilungen der Vereine**

Jagdgenossenschaft Petersfehn

Einladung zur JHV am 27.03.2025 um 19:30 Uhr in der Heimatdiele, Mittellinie 78 Tagesordnung: 1. Begrüßung 2. Kassenbericht 3. Bericht des Kassenprüfers-Entlastung des Vorstandes 4. Wahlen zum Vorstand 5. Verwendung der Jagdpacht 6. Verschiedenes. Petersfehn den 13.03.2025 Der Vorstand

# NORTHWEST Prospekte

## Das Portal für digitale Prospekte!

### Angebote & Prospekte im Überblick auf Northwest Prospekte

Jetzt scannen und kein Angebot mehr verpassen!

**II. Oldenburgischer Deichband** 26919 Brake, den 13.03.2025  
Franz-Schubert-Str. 31

Amtliche Bekanntmachung

**Wahl zum Verbandsausschuss für die Amtszeit vom 01.08.2025 – 31.07.2030**

Gemäß amtlicher Bekanntmachung vom 13.02.2025 wurden alle wahlberechtigten Verbandsmitglieder zur Abgabe von Vorschlägen bzw. Bewerbungen für die Wahl als Mitglied im Verbandsausschuss aufgefordert. Innerhalb der Wahlfrist, die am 05.03.2025 endete, sind für den folgenden Wahlbezirk nicht genügend Kandidaten benannt worden:

**Wahlbezirk:** Gemeindegebiet:  
8 Stadt Oldenburg, Gemeinden Wardenburg, Bad Zwi-schenahn und Edeweicht

Gemäß § 8 der Wahlordnung für die Ausschusswahl des II. Oldenburgischen Deichbandes wird hiermit die Vorschlags-/Bewerbungsfrist für die vorgenannten Wahlbezirke um weitere 14 Tage verlängert. Gemäß § 12 der Satzung des II. Oldenburgischen Deichbandes i. V. mit § 4 der Wahlordnung ist wählbar jedes natürliche geschäftsfähige Verbandsmitglied oder jeder Interessenvertreter(in) einer juristischen Person für denjenigen Wahlbezirk, in dem das Mitglied mit beitragspflichtigen Grundstücken veranlagt wird. Die Wählbarkeit erstreckt sich nur auf einen Wahlbezirk. Ausschussmitglieder können nicht gleichzeitig Vorstandsmitglieder oder stellvertretende Vorstandsmitglieder sein. Wahlberechtigt sind alle Verbandsmitglieder. Mitglieder des Verbandes sind die jeweiligen Eigentümer und Erbbauberechtigten der im Verbandsgebiet liegenden Grundstücke (dingliche Mitglieder). Grundstück im Sinne dieser Vorschrift ist auch das Wohnungseigentum, Teileigentum und Miteigentum im Sinne des § 1 des Wohnungseigentumsgesetzes vom 15.03.1951 (BGBl. I S. 175 / 209), in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Januar 2021 (BGBl. I S. 34), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 306) geändert worden ist, sowie das selbständige Gebäudeeigentum (§ 4 der Verbandssatzung).

**Die Wahlberechtigten des II. Oldenburgischen Deichbandes werden hiermit zur Abgabe von Vorschlägen bzw. Bewerbungen für die Wahl als Mitglied des Verbandsausschusses aufgefordert.**

**Rastede, den 05.03.2025**

**BEKANNTMACHUNG**

**Planfeststellungsverfahren – Netzverstärkung 380-kV-Leitung Unterweser-Conneforde LH-14-302**

**1. Deckblattänderung**

I.

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV), Dezernat 41 „Planfeststellung“, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, führt auf Antrag der TenneT TSO GmbH für das o. a. Vorhaben ein Planfeststellungsverfahren gemäß § 43 ff. Energie-wirtschaftsgesetz (EnWG) in Verbindung mit den §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) durch. Die bei Einleitung des Verfahrens vorliegenden Planungen haben bereits vom 14.03.2024 bis einschließlich 15.04.2024 in den Gemeinden Jade, Rastede, Stadland, Wiefelstede und Ovelgönne sowie in der Stadt Varel ausgelegen. Gemäß § 43m Abs. 1 EnWG ist bei dem hier geplanten Vorhaben von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung und einer Prüfung des Artenschutzes nach den Vorschriften des § 44 Abs. 1 BNatSchG abzusehen. Die ursprüngliche Planung hat sich auch aufgrund der zur damaligen Auslegung vorgetragenen Äußerungen geändert bzw. ist ergänzt und aktualisiert worden.

**Die Planänderungen der 1. Deckblattänderung betreffen im Wesentlichen:**

- Mastanpassungen, Einführung des Provisorium α
- Erstmalige Einreichung des Erschütterungsgutachtens
- Wegeanpassungen
- Erstmalige Einreichung der Wasseranträge

Einzelheiten sind aus den geänderten Planunterlagen ersichtlich. Ein Änderungsverzeichnis ist den Unterlagen vorangestellt. Ergänzte und geänderte Textstellen und Werte sind in den Unterlagen zur 1. Deckblattänderung in blau dargestellt. Die alten, nicht mehr gültigen Textstellen und Werte sind durchgestrichen und somit weiterhin ersicht-lich.

**Der vorliegende geänderte Plan enthält:**

- Einen Erläuterungsbericht mit Anhang zur Prüfung der Erforderlich-keit eines Raumordnungsverfahrens, Grundsätze zum Bodenschutz, Rahmenvereinbarung und Erläuterung zum Provisorium α,
- Eine Variantenuntersuchung,
- Übersichtspläne vom UW Unterweser - Mast Nr. 44N und von Mast Nr. 36A - UW Conneforde/Ost,
- Wegenutzungspläne M1:25.000 und M1:10.000 und Wegenutzungs-listen,
- Lage-/Grunderwerbspläne mit Erläuterungen und diversen Plänen M1:2.000,
- Mastprinzipzeichnungen,
- Längenprofile mit Erläuterungen und diversen Plänen M1:2.000 und M1:200,
- Regelfundament,
- Bauwerksverzeichnis, Mastliste und Koordinatenliste,
- Ein Kreuzungsverzeichnis,
- Ein Grunderwerbsverzeichnis und ein Grunderwerbsverzeichnis der Kompensationsflächen,
- Ein Immissionsbericht zu elektrischen und magnetischen Feldern nach 26. BImSchV, ein Schalltechnisches Gutachten zum Betrieb der Freileitung, ein Schalltechnisches Gutachten im Zuge der Bau-maßnahmen und ein Erschütterungsgutachten,
- Einen Erläuterungsbericht zum Landschaftspflegerischen Begleit-plan, Bestands- und Konfliktpläne, Maßnahmenpläne und Maßnah-menblätter,
- Die Fachbelange Umwelt mit dem Fachbericht Umwelt,
- Natura 2000 Verträglichkeitsuntersuchung mit einer Übersichtskarte Natura 2000-Gebiete und einem Natura 2000 Detailplan,
- Betrachtung der Artenschutzbelange mit Ableitung von Minderungs-maßnahmen nach § 43m Abs. 2 EnWG und Anhängen zu Arten-steckbriefen und Steckbriefe Minderungsmaßnahmen,
- Anträge für geschützte Teile von Natur und Landschaft,
- Fachbeitrag zur Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) mit Übersichtskarte Oberflächenwasserkörper (OWK) und Übersichtskarte Grundwas-serkörper (GWK),
- Wasserrechtsanträge und Verrohrungsanträge,
- Eine Forstrechtliche Unterlage und eine Übersichtskarte Waldum-wandlungsflächen,
- Einen Materialband mit einem Gesamtkartierbericht.

II.

(1) Der geänderte Plan wird in der Zeit vom 21.03.2025 bis zum 22.04.2025 (einschließlich) unter dem Titel „380-kV-Leitung Conneforde-Unterweser DB1“ auf der Internetseite der NLStBV <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview> zur allgemeinen Einsicht veröffentlicht. Die Auslegung der Unterlagen wird gemäß § 43a EnwG durch Veröffentlichung im Internet bewirkt. Auf den jeweiligen Internetseiten der zur Auslegung verpflichteten Ge-meinden wird mittels Verlinkung auf die Seite der NLStBV verwiesen. Auf Verlangen eines Beteiligten, das während der Dauer der Ausle-gung an die NLStBV zu richten ist, wird ihm eine alternative, leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt; dies ist in der Regel die Übersendung eines gängigen elektronischen Speicher-mediums, auf dem die auszulegenden Unterlagen gespeichert sind (USB-Stick).

Jeder, dessen Belange durch die Änderungsplanung berührt werden, kann sich zu der Planung äußern. Die Äußerung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen

**Inhalt und Form der Wahlvorschläge / Wahlbewerbungen**

Der Wahlvorschlag / die Wahlbewerbung darf nur Kandidaten(innen) für den jeweiligen Wahlbezirk enthalten. Der Wahlvorschlag / Die Bewerbung muss im einzelnen enthalten:

1. die Bezeichnung des Wahlbezirkes, für den der/die Kandidat(in) kandi-diert,
2. Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Geburtsdatum und An-schrift der Kandidaten(innen),

Zur Überprüfung der Wählbarkeit muss der Wahlvorschlag ferner die Mit-gliedsnummer/ Grundbuchblatt-Nr. des beitragspflichtigen Grundeigen-tums der Kandidaten enthalten. Einem Wahlvorschlag ist die Erklärung der Kandidaten(innen), dass sie der Aufstellung zustimmen, beizufügen. Der/Die Vorschlagende hat ebenfalls Name, Anschrift und die Mitglieds-nummer/Grundbuchblatt-Nr. seines/ihrer Grundbesitzes mitzuteilen, da-mit geprüft werden kann, ob er/sie vorschlagsberechtigt ist. Die Wahlvorschläge / Bewerbungen sind spätestens bis zum

**3. April 2025, 16.00 Uhr,**

beim Wahlleiter, Verbandsvorsteher des II. Oldenburgischen Deichbandes, Peter Aengeneyndt, 26919 Brake (Unterweser), Franz-Schubert-Str. 31, schriftlich einzurei-chen. Bei dieser Frist handelt es sich um eine Ausschlussfrist. Werden für einen Wahlbezirk nicht mehr Kandidaten(innen) / Bewerber(in-nen) vorgeschlagen als Ausschussmitglieder zu wählen sind, so gelten die-se als gewählt (§ 12 Abs. 2 Wahlordnung). Stehen für einen Wahlbezirk mehr Kandidaten(innen) zur Verfügung als Ausschussmitglieder zu wählen sind, wird der II. Oldenburgische Deichband eine Wahlfrist für diesen Wahlbezirk ansetzen. Diese Wahlfrist wird mit den Wahlvorschlägen öffentlich bekanntgegeben. Die für die Wahl erforderlichen Wahlunterlagen (Stimmzettel, Wahlumschlag) wer-den den Mitgliedern des betreffenden Wahlbezirks dann rechtzeitig über-sandt.

Peter Aengeneyndt  
Verbandsvorsteher

lassen. Anerkannte Vereinigungen nach § 3 des Umwelt-Rechtsbe-helfsgesetzes (UmwRG) erhalten durch die öffentliche Planauslegung Gelegenheit zur Einsicht in die dem Plan zu Grunde liegenden (ein-schlägigen) Sachverständigengutachten; sie können Stellungnahmen zu dem Plan abgeben, soweit sie durch das Vorhaben in ihrem sat-zungsgemäßen Aufgabenbereich berührt werden. Die Äußerungen (Einwendungen und/oder Stellungnahmen) sind bis einschließlich zum 06.05.2025 schriftlich oder - nach vorheriger Terminabsprache - zur Niederschrift bei der Gemeinde Rastede, Sophienstraße 27, 26180 Rastede oder der NLStBV, Dezernat 41 - Plan-feststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover einzureichen. Vor dem 21.03.2025 eingehende Äußerungen werden als unzulässig zurückgewiesen. Einwendungen müssen eigenhändig unterschrieben sein. Eine E-Mail erfüllt die gesetzlich vorgeschriebene Schriftform nicht. Eingangsbestätigungen werden nach Erhalt von Einwendungen nicht versendet.

**Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für dieses Planfeststellungs-verfahren alle Äußerungen ausgeschlossen, die nicht auf beson-deren privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 73 Abs. 4 Satz 3 VwVfG). Äußerungen können nur hinsichtlich der 1. Änderungsplanung eingereicht werden.**

**Ursprünglich erhobene Einwendungen und abgegebene Stellung-nahmen werden im Verfahren weiterhin berücksichtigt, sofern sie nicht zurückgenommen worden sind.**

Anträge, die sich auf die Benutzung von Gewässern richten und sich mit einer der für die Durchführung des Vorhabens beantragten Gewäs-serbenutzungen ausschließen, werden nach Ablauf der vorgenannten, für Einwendungen bestimmten Frist nicht berücksichtigt (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 lit. c in Verbindung mit § 4 Satz 2 des Niedersächsischen Was-sergesetzes (NWG)).

Einwendungen wegen nachteiliger Einwirkungen der mit dem Vorha-ben verbundenen Gewässerbenutzungen auf Rechte Dritter können später nur geltend gemacht werden, soweit der Betroffene nachteilige Wirkungen bis zum Ablauf der vorgenannten Frist nicht voraussehen konnte (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 lit. c NWG in Verbindung mit § 14 Abs. 6 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG)).

Vertragliche Ansprüche werden durch eine Bewilligung zur Gewässer-benutzung nicht ausgeschlossen (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 lit. c NWG in Ver-bindung mit § 16 Abs. 3 WHG).

Bei Äußerungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftsli-sten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterzeichnerin/ ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreterin/ Vertreter anzugeben. Es darf nur eine einzige Unterzeichnerin/ ein einziger Unterzeichner als Vertreterin/ Vertreter für die jeweiligen Unterschriftslisten bzw. gleich lautenden Äußerungen genannt werden. Vertreterin/ Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Anderenfalls können diese Äu-ßerungen gemäß § 17 Abs. 2 VwVfG unberücksichtigt bleiben.

(2) Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung der Äußerungen verzichten (§ 43a Nr. 3 Satz 1 EnWG). In den Fällen des § 43a Nr. 3 Satz 2 EnWG findet ein Erörterungstermin nicht statt. Von einer Erör-terung des geänderten Plans und der hierauf erhobenen Äußerungen kann im Regelfall abgesehen werden (§ 43a S. 1 Nr. 4 EnWG). Findet ein Erörterungstermin statt, wird er ortsüblich bekannt gemacht werden. Ferner werden diejenigen, die sich geäußert haben, bzw. bei gleichförmigen Eingaben die Vertreterin/ der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vor-zunehmen, so können diese durch öffentliche Bekanntmachung er-setzt werden (§ 73 Abs. 6 Satz 4 VwVfG).

In dem Termin kann bei Ausbleiben eines Beteiligten auch ohne ihn verhandelt werden.

(3) Durch Einsichtnahme in den Plan, Einreichen von Äußerungen, Teil-nahme am Erörterungstermin/ Online-Konsultation oder Vertreterbe-stellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

(4) Über die Zulässigkeit des Vorhabens sowie die Äußerungen ent-scheidet nach Abschluss des Anhörungsverfahrens die NLStBV (Plan-feststellungsbehörde). Die Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) wird öffentlich bekannt gegeben (§ 43b Abs. 1 Nr. 3 Satz 2 EnWG).

III.

Vom Beginn der Auslegung des Planes an tritt die Veränderungssper-re nach § 44a EnWG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeit-punkt dem Vorhabenträger ein Vorkaufsrecht an den von dem Plan betroffenen Flächen zu (§ 44a Abs. 3 EnWG). Eine bereits durch die ursprüngliche Auslegung in Kraft getretene Veränderungssperre nach § 44a EnWG gilt weiter.

Nach § 43a Nr. 2 EnWG sind die Einwendungen und Stellungnahmen der Vorhabenträgerin und den von ihm Beauftragten zur Verfügung zu stellen, um eine Erwiderung zu ermöglichen.

Auf Verlangen des Einwenders sollen dessen Name und Anschrift un-kenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durch-führung des Verfahrens nicht erforderlich sind.

Hinsichtlich der Informationen nach Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wird auf den Link „Informationen zur Datenverarbeitung im Planfeststellungsverfahren“ auf der o. g. Inter-netseite verwiesen. Diesem Link sind die Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten, ihre Speicherdauer sowie Informationen über die Betroffenenrechte nach der DSGVO im Planfeststellungsver-fahren zu entnehmen.

Der Text dieser Bekanntmachung kann auf der Internetseite der NLStBV (<https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>) und auch auf der Internetseite der Gemeinde Rastede (<https://www.rastede.de/amtsblatt/>) eingesehen werden.

Gemeinde Rastede  
i.V. Henkel